

Klaus Peter Strohmeier: Die Stadt im Wandel – Wieder- gewinnung von Solidarpotential

In Stadtvierteln mit massiven sozialen Problemen beobachten wir seit einigen Jahren zunehmende Entsolidarisierungsprozesse. Klaus Peter Strohmeier zeigt am Beispiel des Ruhrgebiets, wie sich unter einkommenschwachen Bevölkerungsteilen Misstrauen und Abkapselung ausbreiten. Für eine Partizipation dieser Betroffenen an lokaler Politik und Stadtteilentwicklung ist jedoch ein neues Vertrauen in eigenes und fremdes Handeln nötig: Integration ist nur dann erfolgreich, wenn dieses Vertrauen untereinander entsteht. Programme zur sozialen Stadtteilerneruerung müssen langfristig dieses Vertrauen unter den sozial Benachteiligten befördern und erzeugen.

Solidarität und Solidarpotentiale in der modernen Gesellschaft

Solidarität ist ein Gefühl mit Potential. Bei Émile Durkheim ist »organische Solidarität« das Gefühl der wechselseitigen Abhängigkeit der Menschen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, aus dem bindende moralische Orientierungen des Handelns erwachsen. Solidarität ist das Gefühl von Zusammengehörigkeit und gemeinsamen Interessen, aus der spontane Kooperation, Hilfe und bei Bedarf Unterstützung, ohne unmittelbar erwartete Gegenleistung, entstehen können. Franz-Xaver Kaufmann (1984) unterscheidet drei gesellschaftliche Steuerungsmechanismen: Markt, Macht (Hierarchie, Organisation) und Solidarität, von denen Solidarität der Mechanismus ist, der Ordnung am effektivsten und effizientesten stiftet. Grundsätzlich ist die Bereitschaft zu solidarischem Handeln gebunden an soziale Nähe und an die Wahrnehmung eines »sozialen Bandes«, das Menschen verbindet (Gabriel/Herlth/Strohmeier 1997).

Das wirkungsvollste, Solidarität stiftende »Band« in der modernen Gesellschaft ist sicherlich Verwandtschaft. Die Verpflichtung, unter bestimmten Bedingungen und gegenüber Familienmitgliedern solidarisch zu handeln, hat den Charakter einer kulturellen Norm. »Familien sollen zusammenhalten«, nennt Kaufmann (1995) eine »Aufgabe« der Familie. »Nachbarn sollen zusammenhalten« ist im ländlichen Raum, wo es zum Teil heute noch spezifische Bräuche nachbarschaftlichen Verhaltens gibt, aber auch in den Arbeitervierteln der großen Städte lange Zeit eine

ebenso anerkannte Selbstverständlichkeit gewesen.

Individualisierung in der modernen Gesellschaft, so eine wohlfeile Zeitdiagnose, ist das Ende der sozialen Solidarität (Huinink/Strohmeier/Wagner 2001). Tatsächlich beobachten wir heute die Auflösung traditioneller Sozialverbände, etwa die Erosion gewerkschaftsnaher oder konfessioneller Milieus. Dieser Diagnose lässt sich entgegenhalten, dass lebenslange »Zwangsvergemeinschaftungen« heute in zunehmendem Maße durch kündbare »Wahlvergemeinschaftungen«, die Menschen durchaus nutzenorientiert und zunehmend befristet eingehen, ersetzt werden (Heinze/Bucksteeg 2001; Tegethoff 1999). Der Kontrapunkt zum Erosionsszenario ist »entgrenzte Solidarität«, die zunehmend alle Menschen und die ganze Welt einschließen will.

Solche Debatten übersehen, dass die sozialen Unterschichten, anders als die gebildeten Mittelschichten, von der Individualisierung – in deren Folge immer mehr Menschen das Recht auf ein »eigenes Leben« haben und wahrnehmen – nicht recht erreicht worden sind. Sie erleben zwar die Erosion traditioneller Formen sozialer Solidarität, aber eben keine sie ersetzenden und ihre Wirkungen kompensierenden neuen Formen freiwillig gewählter Bindungen.

Solidarpotentiale in der »Unterstadt« – soziale Milieus im Strukturwandel

Franz Josef Degenhardts Lied von den Schmuttelkindern verdanken wir die Meta-

pher von der »Oberstadt«, in der die bürgerlichen Schichten leben, und der »Unterstadt« des Proletariats, wo es Armut und Sünde auf der einen, auf der anderen Seite aber vor allem auch Solidarität gegeben hat. Heute sind aus etlichen von nachbarlicher Solidarität und sozialer Kontrolle geprägten Arbeitervierteln der 1950er Jahre Armutsquartiere geworden, geprägt von Entsolidarisierung und verbreiteter sozialer Isolation der Bewohner, ohne Perspektive für die, die dort aufwachsen.

Jede Gesellschaft, so stand es im fünften Familienbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1994, braucht eine nachwachsende Generation, die mit elementaren sozialen Kompetenzen und Motiven – unter anderem Solidarität, Empathie, Partizipationsbereitschaft und Gesundheit – ausgestattet ist, um diese Gesellschaft als Erwachsene fortsetzen zu können. Die Familie und die sie umgebenden »kleinen Lebenskreise« im Stadtteil haben große Bedeutung für die Bildung des Humanvermögens. Hier werden Vertrauensfähigkeit als Merkmal sozialer Kompetenz und Vertrauenswürdigkeit als Bedingung sozialer Mitgliedschaften aufgebaut. Mit Bezug auf Niklas Luhmann (2001) werden im Folgenden Grundelemente einer »Alltagsepistemologie« von Vertrauen und Misstrauen in alltäglichen sozialen Beziehungen entwickelt. Aus diesem theoretischen Modell lassen sich praktische Überlegungen für effektive Strategien sozial-integrativer Politik in benachteiligten Sozialräumen ableiten. Am Schluss des Beitrags werden einige Beispiele guter Praxis in der Familien- und Integrationspolitik vorgestellt, die es verdienen, unter vergleichbaren Bedingungen imitiert zu werden.

Die Sozialforschungsstelle der Universität Münster in Dortmund hat 1959 unter dem Titel »Daseinsformen der Großstadt« eine Studie über die Stadt Dortmund als Prototyp der industriellen Großstadt im Nachkriegsdeutschland publiziert. In der sich derzeit

in Vorbereitung befindlichen Replikation dieser Studie 50 Jahre später wird dieselbe Stadt nach Jahrzehnten eines tiefgreifenden Strukturwandels noch einmal untersucht. Eine solche Replikation wird mit großer Wahrscheinlichkeit irreversible Wandlungen vor allem im Bereich der ehemals proletarischen Milieus aufdecken. Die Arbeiterviertel der industriellen Großstadt sind die Arbeitslosenviertel am Anfang des 21. Jahrhunderts.

Das traditionelle Arbeitermilieu war noch, wie die Befragung der Dortmunder Nordstadtbewohner in den 1950er Jahren ergeben hatte, durch eine typische »soziale Bandbreite«, das heißt eine Art mehrdimensionales Ähnlichkeitsprofil der Menschen, die dort lebten, geprägt. Das typische Solidarpotential des Stadtteils gründete sich auf verschiedenen Loyalitäten in Betrieb, Verwandtschaft und Nachbarschaft, die einander gegenseitig überlagerten und damit verstärkten. Zwei Drittel der Menschen, darunter viele Flüchtlinge, die in der Nordstadt in kleinen, vielfach überbelegten Wohnungen lebten, hatten Verwandte im selben Stadtteil, die zugleich Nachbarn waren. Außerdem war der Nachbar zugleich für die meisten Männer der Arbeitskollege, der auf der Zeche oder in der Hütte arbeitete.

Die Autoren beschrieben das Milieu als eine »Kultur des Borgens«, in der man einander mit Gütern des täglichen Bedarfs und mit kleinen Gefälligkeiten aushalf. Das Milieu war nicht ohne Konflikte, aber dennoch getragen vom Vertrauen in die Sozialität und Solidarität der anderen. Noch in den 1970er Jahren konnte man beobachten, dass temporäre Notlagen, z. B. infolge von Arbeitslosigkeit oder Armut, in Gelsenkirchener Arbeiterquartieren wirkungsvoll durch Familien- und Nachbarschaftssolidarität überbrückt wurden, ohne dass die »Fürsorge« ins Haus kam (Strohmeier 1983). Noch in den 1990er Jahren gab es – im Gegensatz zu heute – keinen statistischen

Zusammenhang zwischen Sozialhilfedichte und Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet. Bis in die 1980er Jahre hinein war die Bevölkerung in den Ruhrgebietsstädten die sesshafteste in ganz NRW. Innerhalb weniger Jahre hat sich die Fluktuation deutlich erhöht.

Das stabile, sozial integrierte Milieu der Industriearbeiter ist im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels allmählich verschwunden. Deindustrialisierung, Entwertung der vorhandenen Qualifikationen, Arbeits- und Perspektivlosigkeit haben die Arbeiterviertel der Industriegesellschaft in die Siedlungen einer neuen »sozialen Unterklasse der Dienstleistungsgesellschaft« transformiert (Dubet/Lapeyronnie 1994). Von diesen Transformationen ist auch die in diesem Milieu traditionell besonders starke Familiensolidarität betroffen, denn sie »bedarf der Hoffnung auf bessere Zeiten« (Strohmeier 1995) und versagt in verstetigten Armutslagen.

Heinz Buschkowsky, Bürgermeister des Berliner Stadtbezirks Neukölln, hat in einer dichten Schilderung die spezifischen Probleme der Familien (einschließlich der Probleme von Politik und Verwaltung mit den Familien) in solchen heute von Einkommens- und Bildungsarmut geprägten, meist ethnisch hoch segregierten Stadtvierteln beschrieben (siehe hierzu auch das Interview mit Herrn Buschkowsky in diesem Band). Diese Informationen sollen im Folgenden in den Kontext von Forschungen gestellt werden, die das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum in den letzten Jahren unternommen hat. Es wurden Strukturen und Folgen sozialer Segregation in den Städten untersucht und die Auswirkungen räumlicher Strukturen sozialer Ungleichheit in den Städten auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen transparent gemacht (Faktor Familie 2009). Weiterhin wurden in NRW sowohl Fördergebiete für das Landes-

programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« identifiziert als auch ein Gutachten über »soziale Kontexte der Stadtteilentwicklung« im Rahmen der Evaluation des Landesprogramms erstellt (City-Monitoring 2009; Sozialbeiraterstattung 2009). Mit einer mittlerweile beträchtlichen Zahl von Städten wurde die Entwicklung einer kommunalen Familienbeiraterstattung mit dem Ziel einer systematischen Orientierung der örtlichen Familienpolitik vorangetrieben und ein Instrument der Vernetzung und Qualifizierung der Akteure vor Ort entwickelt (Familie in NRW 2009).

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse werden nachfolgend theoretische Überlegungen über Modelle örtlicher Sozialpolitik angestellt, die zum Ziel haben, sozial »abgehängte« apathisch-resignative »Gestaltungspessimisten« in benachteiligten und – besonders mit Blick auf die Lebenschancen der nachwachsenden Generation – benachteiligten Sozialräumen in die Ortsgesellschaft zu »integrieren«.

Suburbanisierung und Segregation: »Daseinsformen der Großstadt heute«

Der Suburbanisierungsprozess der letzten drei Jahrzehnte hat zu einer regionalen Umverteilung der Bevölkerung nach Lebenslagen (arm und reich) und nach Lebensformen (Menschen mit und ohne Kindern) geführt. Das Umland der Großstädte ist zur Familienzone der mobilen Mittelschicht geworden. Hier werden Kommunalpolitiker trotz Geburtenrückgang heute noch mit fortbestehenden Engpässen der kinder- und familienbezogenen sozialen Infrastruktur konfrontiert. Aus den meisten Kernstädten dagegen ist die Familie mit Kindern als Lebensform weitgehend verschwunden, auch wenn es vereinzelt eine Renaissance des Familienlebens in bestimmten Szenevierteln, etwa am Prenzlauer Berg in Berlin, geben mag. In der Freiburger Altstadt zum Beispiel liegt der Anteil der

Bevölkerung unter 18 Jahren unter fünf Prozent, im Stadtteil Rieselfeld dagegen sind mehr als ein Drittel der Bewohner unter 18 Jahre alt.

Die meisten Haushalte in den Kernstädten sind heute kleine »Nicht-Familienhaushalte«, das heißt Einpersonenhaushalte und die sogenannten neuen Haushaltstypen: »Living Apart Together«, Paare verschiedenen oder gleichen Geschlechts und andere Haushaltsformen kinderloser Erwachsener. In einzelnen Stadtteilen in den Dienstleistungs- und Verwaltungszentren liegt der Anteil der Einpersonenhaushalte an den Haushalten insgesamt über vier Fünfteln. Die in den Städten im Ballungskern verbliebenen Familienhaushalte sind vielfach Familien alleinerziehender Mütter (die meisten davon nach Scheidung) und (kinderreiche) Familien mit Migrationshintergrund. Diese städtischen Familien sind heute besonders von Armut betroffen. Im Jahr 2004 bezog jedes dritte Kind unter sechs Jahren in den innerstädtischen Vierteln einer großen Ruhrgebietsstadt Sozialhilfe, im Kreis Kleve am Niederrhein dagegen nur jedes sechzigste.

Armut in Deutschland ist heute vor allem die Armut der Kinder, der jungen Frauen und der Familien. Dabei geht es nur in den seltensten Fällen um absolute Armut, in der das absolute Existenzminimum nicht mehr gewährleistet wäre, sondern um »relative Armut«. Relative Armut ist ein Grad von sozialer Ungleichheit und Unterversorgung mit Ressourcen der Lebensführung, der in einer Gesellschaft als ungerecht bzw. als nicht akzeptabel angesehen wird.

Bei insgesamt zurückgehender Bevölkerung in immer mehr Städten führen selektive Wanderungen, das heißt der Fortzug der Mittelschichtfamilien ins Umland, bei gleichzeitigen Zuwanderungsüberschüssen aus dem Ausland und die unterschiedlichen Geburtenraten der deutschen und der nicht-deutschen Bevölkerung dazu, dass sich der

Anteil der Einwanderer unter den 20- bis 40-jährigen jungen Erwachsenen bereits innerhalb des nächsten Jahrzehnts mehr als verdoppeln wird. In den kreisfreien Städten des Ruhrgebiets werden bis 2015 mehr als 40 Prozent der unter 40-Jährigen einen »Migrationshintergrund« haben.

Nur noch jeder sechste Haushalt in den großen Städten ist ein Familienhaushalt. Nur wenige der städtischen Familien findet man in den euphemistisch »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf« genannten Armutsinseln der inneren Stadt und in den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus. In Gelsenkirchen und Essen wachsen etwa 60 Prozent der Kinder und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen auf, in München sind es immer noch 40 Prozent. Überall in Europa ist in diesen Vierteln die Erosion traditioneller informeller Solidarpotentiale in Familie und Nachbarschaft als Folge von Verstetigung der Arbeitslosigkeit, materieller Not und sozialer Ausgrenzung zu beobachten.

Unter den Bedingungen von Stagnation oder gar Schrumpfung der Bevölkerung kommt es in den Städten zur fortgesetzten Steigerung gesellschaftlicher Polarisierung. Eine zunehmende Ungleichheit von Lebenslagen und Lebensformen wird auch räumlich in einer wachsenden sozialen Segregation abgebildet. Neuere Analysen zur Segregation der Wohnbevölkerung in wachsenden und schrumpfenden Städten belegen, dass bei sinkender Gesamtbevölkerung die Armutssegregation besonders ausgeprägt ist, während in wachsenden Städten die Armutssegregation geringer ist. Unabhängig vom Wohnungsmarkt aber leben die Reichen überall am stärksten segregiert unter ihresgleichen (Strohmeier et al. 2008a; Strohmeier/Alic 2006).

Welt prägt unter diesen Voraussetzungen Misstrauen und ein geringes Selbstwertgefühl. Rückzug und Apathie bzw. »Gestaltungspessimismus«, wie es im Essener Handlungskonzept für den Stadtteil Katernberg heißt, sind eine durchaus »rationale«, das heißt vernünftige und verstehbare Haltung (Stadt Essen 1993).

Die Mehrheit armer Kinder in armen Vierteln, ob eingebürgert oder nicht, hat damit keine oder nur eine denkbar schlechte Perspektive auf einen Platz in dieser Gesellschaft. Die schlechte Perspektive dieser Kinder ist umgekehrt gesehen aber auch eine schlechte Perspektive für die Stadtgesellschaft. In dieser Perspektive, das heißt mit Blick auf die sozialen Basiskompetenzen der nachwachsenden Generation, ist eine sozial integrative Kommunalpolitik, also eine Politik, die soziale Beziehungen im Quartier und entsprechende Solidarpotentiale aufbaut, auch eine Gesellschaftspolitik. Denn sie gestaltet zugleich förderliche Bedingungen für das Aufwachsen der nachwachsenden Generation.

Die »Unterstadt« ist heute »Kinderstube« und »Integrationsmaschine« der Stadtgesellschaft. Lokale Armutspolitik in großen Städten ist zugleich lokale Familienpolitik – denn die meisten Armen sind Familien. Zugleich ist sie Migrationspolitik, da immer mehr dieser Familien Einwanderer sind. Kommunales Handeln hat gesellschaftspolitische Wirkung. Denn »vor Ort« wird Humanvermögen gebildet. Die gesellschaftspolitische Frage nach der Zukunft des »Humanvermögens«, nach der »Familienorientierung« unserer Gesellschaft, stellt eine Herausforderung für die Gemeinden dar.

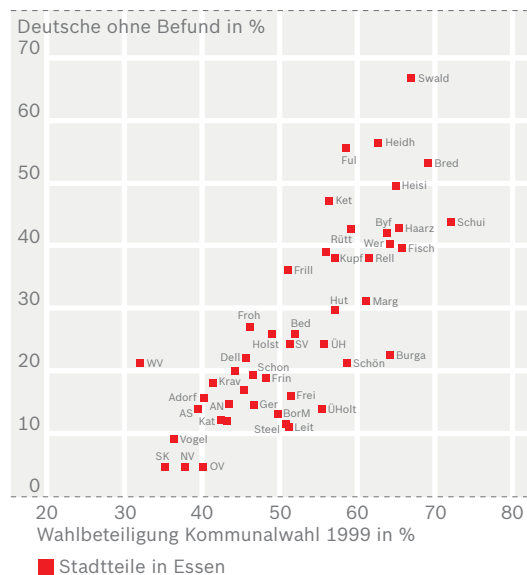
Bereits die Sachverständigen des fünften Familienberichts haben in den 1990er Jahren mit ihrer Forderung nach »Familienorientierung« Gegenmaßnahmen hinsichtlich der Überforderung aller Familien in Deutschland durch »strukturelle Rücksichts-

losigkeit« einer zunehmend individualisierten Gesellschaft und gegen das damit verbundene Schwinden der Lebensform Familie gefordert. In den städtischen Armutsquartieren kommen andere, sehr viel spezifischere Überforderungen hinzu. Eltern, die sozial isoliert sind, finden keine Hilfe, keinen Rat und keine Unterstützung. Eltern, die in ihrer eigenen Kindheit nicht mehr erfahren haben, was Kinder brauchen, geben ihren Kindern eben das nicht mit auf den Weg und machen Fehler. Heute sind arme Kinder vorrangig nicht unter-, sondern fehlernährt und übergewichtig. In den ärmsten Vierteln im Norden einer Ruhrgebietsstadt war nur jedes achte Kind bei der Einschulung vollständig gesund. Bis zu ein Drittel der türkischstämmigen Jungen dagegen war stark übergewichtig. In den wohlhabenden Vierteln im Süden waren bis zu 80 Prozent der Kinder vollständig gesund und nur wenige – auch türkische Kinder – waren übergewichtig. Nicht die Nationalität der Kinder macht hier den Unterschied, sondern ihre Adresse (Strohmeier/Amonn/Kersting 2008).

Akzeptiert man, dass die Beteiligung der Bevölkerung an Kommunalwahlen ein Indikator für geringe soziale Integration, für soziale Isolation, für Instabilität sozialer Milieus, für »Gestaltungspessimismus« und resignative Apathie der Menschen ist, dann wird erklärbar, warum bei verschiedenen Studien zur Kindergesundheit im Ruhrgebiet die Wahlbeteiligung der Erwachsenen bei der Kommunalwahl der beste Prädiktor für den Gesundheitszustand der Kinder ist.

In Gebieten mit geringster Wahlbeteiligung ist der Gesundheitszustand der Kinder besonders schlecht (links unten), hier leben gleichzeitig die meisten Ausländer (vergleiche Abbildung 22). In diesen Gebieten ist die Armutsquote besonders ausgeprägt und die Fluktuation der Bevölkerung am höchsten. Die Wahlbeteiligung der Generation ihrer Eltern und Großeltern bei der

Abbildung 22: Kindergesundheit und Wahlbeteiligung im Stadtteil



Quelle: Strohmeier (Eigene Darstellung)

Kommunalwahl ermöglicht eine nahezu perfekte Vorhersage des Gesundheitszustandes der Kinder. Links unten gehen zwei Drittel der Wahlberechtigten nicht zur Wahl, rechts oben in den bürgerlichen Vierteln gehen beinahe drei Viertel wählen.

Solche Ergebnisse definieren nicht nur räumliche Schwerpunkte für Prävention und Intervention, sondern zugleich Rahmenbedingungen, unter denen vor Ort unterschiedlich gehandelt werden muss und die möglicherweise zuerst verändert werden müssen, damit Prävention erfolgreich sein kann. Solche Bedingungen in den Milieus links unten wären etwa die Reduzierung der Fluktuation, die Schaffung stabiler sozialer Verhältnisse und die Unterstützung sozialer Netzwerke. Dass diese Stadtteile im politischen Prozess nur schwach vertreten sind, bedeutet ein zusätzliches Hindernis. Dies resultiert oft aus der geringen politischen Partizipation, denn ein Drittel der Wahlberechtigten mag nur ein Zehntel der Erwachsenen sein. Man wird so leicht übersehen, wenn organisierter Protest unwahrscheinlich ist.

Soziale Netzwerke und Vertrauen – Quellen des Humanvermögens in der Stadtgesellschaft

Gestaltungspessimismus und eine resignativ-apathische Grundhaltung sind im Armutsmilieu rational (Tobias/Böttner 1992). In einer vertrauten Umgebung ist Vertrauen der »Kitt« der Sozialwelt. In einer stetig wechselnden, unberechenbaren Umwelt, umgeben von »Fremden«, ist dagegen Misstrauen eine rationale Option. Wer anderen misstraut, kann nicht verlieren, andererseits gewinnt er aber auch nichts. Entgegen einem verkürzten und populären Vertrauensverständnis, das nur »intensives« Vertrauen in nahestehende Personen in den Blick nimmt, ist anonymes Vertrauen in unbekannte oder nur wenig bekannte Personen beziehungsweise in deren regelkonformes Handeln oder in technische Systeme, deren Funktion und Risiken man keineswegs durchschauen kann, eine notwendige Voraussetzung des Lebens in modernen differenzierten Gesellschaften. Entscheidungen, die Vertrauen voraussetzen, sind immer Entscheidungen unter Risiko. Charakteristisch ist immer, dass der Verlust bei enttäuschem Vertrauen wesentlich höher ist als der Gewinn bei gerechtfertigtem Vertrauen. Eine Bedingung der Möglichkeit von Vertrauen in andere Menschen beziehungsweise darauf, dass sie tatsächlich das tun, was von ihnen erwartet wird, ist deshalb »Vertrautheit«. In differenzierten Gesellschaften ist dies nur im Spezialfall von Familien oder Primärgruppen »persönliche Vertrautheit«. Vertrautheit ist gewissermaßen eine Begleiterscheinung des Lebens in Gesellschaft. Vertrautheit ist als »sozial konstruierte Typizität« immer auf die Vergangenheit bezogen (Luhmann 1968; Schütz 1971). Sie sichert verlässliche Orientierungsleistungen, wenn wahrgenommene Gegenstände »hinsichtlich ihrer unvergleichlichen Identität zwar unvertraut sind, aber einer vertrauten Gattung subsumiert werden können, [...] wenn sie zu einem vertrauten Typus gehören« (Schütz 1971).

Solche Typisierungen machen das Alltagswissen aus, das wir mit den anderen teilen, und sie werden bereits in der frühen Kindheit als Lebenserfahrung erworben. Objektiv mögen sie zwar den Charakter »unvollständiger Information« haben, für den alltäglich Handelnden stellen sie jedoch eine verlässliche Grundlage seiner Orientierung in der Welt dar. Indem Neues, Unerwartetes fortlaufend in Begriffen des Vertrauten interpretiert wird, verändern sich ständig auch die Bestände des Alltagswissens. »Vertrauen ist keine Folgerung aus der Vergangenheit, sondern es überzieht die Information, die es aus der Vergangenheit besitzt, und riskiert eine Bestimmung der Zukunft [...]. Der vertrauensvoll Handelnde engagiert sich so, als ob es in der Zukunft nur bestimmte Möglichkeiten gäbe. Er legt seine gegenwärtige Zukunft auf eine künftige Gegenwart fest« (Luhmann 1968). Im Normalfall des Handelns nimmt Vertrauen aus einer Zahl von Möglichkeiten eine vorweg. Es gewährleistet, dass nicht jedes im alltäglichen Handlungsverlauf auftretende Problem Gegenstand von Definitions- und Aus Handlungsprozessen sein muss, dass nicht in jeder Entscheidungssituation zunächst umfangreiche Aktivitäten zur Informationsbeschaffung einsetzen.

Auf der einen Seite sind Menschen, die positive Erfahrung gemacht haben, durchaus motiviert, sich auf Risiken einzulassen, die häufig nicht in Relation zu dem bei vertrauensvollem Handeln zu erwartenden Nutzen stehen. Dies gilt nicht nur in sehr »vertrauensvollen« Primärbeziehungen wie in der Familie. Auf der anderen Seite aber wissen Akteure in der Regel, unter welchen Bedingungen sie wem besser nicht vertrauen sollten. Charakteristisch für Vertrauenshandeln in modernen Gesellschaften ist also, dass es sich um bedingtes Vertrauen (beziehungsweise bedingtes Misstrauen) handelt (vgl. Luhmann 1988). Die Beherrschung der Regeln bedingten Vertrauens ist ein Merkmal sozialer Kompetenz und ein

Ergebnis erfolgreicher Sozialisation. Denen, »die keinen Anteil am Alltagswissen (<Common Sense>) haben, vertraut niemand, aber sie selbst vertrauen auch nicht« (Garfinkel 1963).

Vertrauen, auch wenn es in der Regel konkreten Akteuren entgegengebracht wird, ist also nicht auf diese als bestimmte Personen bezogen, sondern bezieht sich auf vertraute Situationen und vertraute soziale Typen. Vertrauen ist Entscheidung unter Risiko und unter Ungewissheit. Die Entscheidungselemente sind dieselben wie bei einer Wette: »Wenn die Chance zu gewinnen, in Relation zur Chance zu verlieren, größer ist als der Verlust im Verhältnis zum Gewinn, kann eine Wette mit Aussicht auf Erfolg eingegangen werden. Als rationaler Akteur sollte man sie eingehen« (Coleman 1990). Diese Entscheidungsregel lässt sich folgendermaßen formalisieren:

P: (subjektive) Wahrscheinlichkeit, dass der »Trustee«, dem vertraut wird, vertrauenswürdig ist, entspricht der Wahrscheinlichkeit, zu »gewinnen«

L: potentieller Verlust, wenn der »Trustee« nicht vertrauenswürdig ist

G: potentieller Gewinn, wenn der »Trustee« vertrauenswürdig ist

Die Entscheidungsregel lautet: Vertrauen ja, wenn:

$$P/(1-P) > L/G$$

Gleichheit beider Seiten ist der Indifferenzpunkt. Wenn der Quotient aus Wahrscheinlichkeit und Gegenwahrscheinlichkeit kleiner ist als die Relation von Verlust zu Gewinn, wäre Misstrauen angebracht. Die obige Ungleichung lautet nach einigen Umformungen wie folgt:

$$P > L/(G+L)$$

Vertrauen ja, wenn die subjektive Wahrscheinlichkeit, dass der »Trustee« das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigt, größer ist als die Relation des zu befürchtenden Verlustes zur Summe von Gewinn und Verlust.

Die genauen Werte von L und G sind in der Regel nicht zu spezifizieren, ihre Relation in annähernder Weise hingegen schon. Für unterschiedliche Akteure und vor allem in unterschiedlichen Handlungskontexten gibt es deshalb unterschiedliche »kritische Werte« von P. Dies gilt z. B. für einen Bankier, der ein hohes Darlehen bei nur geringen Zinsen an einen Kunden mit entsprechenden Sicherheiten vergibt, oder für einen Kredithai, der ein niedriges Darlehen an einen Kunden ohne Sicherheiten zu hohen Zinsen vergibt. Diese kritischen Werte sind aber nur zum Teil abhängig von der Gewinnerwartung und dem Verlustrisiko. Die individuelle Vertrauensbereitschaft P ist nach Coleman (1989) nämlich erstens ein Ergebnis des vom vertrauenden »Trustor« selbst in der Vergangenheit erfahrenen Vertrauens (denn wem vertraut worden ist, der ist auch eher bereit zu vertrauen) und von vorangegangener Interaktion und Kommunikation mit dem »Trustee«. Dieser ist nur in Fällen »dicken« persönlichen Vertrauens als Person vertraut, in allen anderen Fällen genügt es, dass er als Typus einschätzbar ist (Hardin 1992).

Vertrauensfähigkeit hängt zweitens von vorgängigen Sozialisationsprozessen ab, die die Akzeptanz von allgemeinen »Moral Constraints« sicherstellen (dazu unten mehr). Drittens wird sie erhöht von Garantien durch Dritte. Beispiele hierfür sind die Garantie protestantischer Sekten in den USA für ihre Mitglieder, wie sie Max Weber beschrieben hat, oder die Gewährleistung von Sicherheit durch den Staat bei Thomas Hobbes. Erst viertens hängt P von der Relation von Gewinn und Verlust ab.

Die Bereitschaft zu vertrauen ist also erst an letzter Stelle eine Frage der Bilanz von Gewinn und Verlust. Sie ist in erster Linie eine Funktion der subjektiven Erwartung, dass der, dem man vertraut, sich als vertrauenswürdig erweist. Diese Wahrscheinlichkeit ist im Regelfall alltäglichen Handelns eine Frage typischer Elemente der Situation und nicht so sehr des konkreten Interaktionspartners.

Was nun haben diese modelltheoretischen Überlegungen mit der Lebenswirklichkeit in segregierten Armutsquartieren zu tun? Kinder in diesen Stadtteilen erfahren wie gesagt eine andere, eine abweichende gesellschaftliche Normalität. »Normal« sind solche sozialen Verhältnisse, die wir als nicht außergewöhnlich erleben und die dem alltäglichen Handeln ohne großen Orientierungsaufwand des Handelnden als verlässliche Grundlage dienen können. Die »normale« Familie in den Armutsvierteln ist die alleinerziehende geschiedene, in zunehmendem Maße auch die ledige Mutter. »Normal« ist, dass Väter nicht in der Familie leben. Das Regeleinkommen ist die Sozialhilfe. Kinder erfahren, dass »normalerweise« das Geld vom Sozialamt oder vom Arbeitsamt kommt und dass man dafür »normalerweise« nicht arbeitet.

Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit und persönlicher Perspektivlosigkeit ist »normal«, ebenso wie vielfach die Erfahrung von Gewalt und Unsicherheit im öffentlichen Raum. Die »natürliche« Einstellung der Menschen zur Welt ist unter diesen Voraussetzungen Misstrauen und ein geringes Selbstwertgefühl. Unter den gegebenen Umständen sind Rückzug und Apathie eine durchaus »rationale«, d. h. vernünftige und verstehbare Haltung. Die Mehrheit der Kinder in großen Städten wird künftig unter solchen Voraussetzungen aufwachsen. Dem ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter wird die Äußerung zugeschrieben, dass ihre Lebensperspektive »hopelessness based on

sound judgement« sei. Sie werden, wenn es gut geht, vielleicht Fähigkeiten erwerben, die ihnen das Überleben im Milieu ermöglichen. Sie haben jedoch kaum eine Chance, die Nützlichkeit jener Kompetenzen, die das »Humanvermögen« ausmachen – Solidarität, Empathie, Vertrauensfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit –, zu erfahren. Diese stellen jedoch gewissermaßen als Ergebnis einer erfolgreichen Sozialisation in einem partizipationsfreundlichen Umfeld die »Grundausbildung« für erfolgreiches Handeln in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern und für soziale Zugehörigkeit dar. In der Verfügung über dieses »kulturelle« Kapital und in der Verfügung über das »soziale Kapital« bei Bedarf hilfreicher sozialer Beziehungen – und weniger im Mehrbesitz an ökonomischem Kapital – liegt der entscheidende Startvorteil von Kindern der bürgerlichen Mittelschichten, die in mittelschichtsgeprägten oder gemischten Nachbarschaften aufwachsen.

Ein Wirkungsmodell sozial integrativer lokaler Politik

Sozialarbeit und Sozialplanung (»Gemeinwesenarbeit«) haben sich seit den 1970er Jahren einigermaßen widerstandsfähig gegenüber Enttäuschungen um die Aktivierung, Aufklärung und Bewusstseinsbildung bemüht. Immer in der Erwartung, dass »Menschen, die ihre Lage bewusst wahrgenommen und ihre objektiven Interessen erkannt haben, auch für deren Durchsetzung eintreten«. In den großstädtischen Armutsinseln wird diese Erwartung vehement enttäuscht. Die Inaktivität armer Leute beruht auf bewussten Entscheidungen. Menschen engagieren sich dann in Projekten und Programmen im Wohnbereich oder sie beteiligen sich an Formen des politischen Protestes, wenn sie nach einem Vergleich der zu erwartenden Kosten und Nutzen von Handlungsalternativen zum Schluss kommen, dass das Engagement ausreichenden Gewinn verspricht. Dabei steht auf der Kostenseite die nicht selten aus Erfahrun-

gen gewonnene Angst vor Misserfolgen und Sanktionen oder dass ohnehin über ihre Köpfe hinweg entschieden werde. Auf der Nutzenseite steht – oft ebenfalls erfahrungsgestützt – der zu erwartende Erfolg, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer aktiven Gruppe, die Anerkennung von Menschen, die für sie bedeutend sind (vgl. Tobias/Böttner 1992). Die Umwelt, in der sie leben, ist überdies den meisten so vertraut, dass sie sie als selbstverständlich hinnehmen und kaum alternative Vorstellungen entwickeln. In dieser Lebenswelt haben sie effiziente Routinen entwickelt, deren Störung Angst auslösen kann.

Besondere Aktivierungspotentiale haben nach den Erfahrungen der sozialen Stadt »kleine Projekte eher unspektakulären Charakters, die jedoch in hohem Maße zur Vertrauens- und auch Selbstvertrauensbildung im Stadtteil beitragen und so Schritt für Schritt eine Verbesserung der Situation erbringen« (ILS 1995). Was aber sind das für Projekte? Welche taugen etwas und welche nicht? Und wie wird in solchen Veranstaltungen Vertrauen und Selbstvertrauen aufgebaut?

Vertrauen ist eine Voraussetzung jedes Gemeinschaftslebens. Es ist eine unverzichtbare Funktions- und Stabilitätsbedingung moderner differenzierter Gesellschaften, in denen Kontrolle unmöglich und deshalb eben nicht »besser« ist. Die Frage ist, ob und wie es gelingen kann, notorisch misstrauische Menschen mit dem nötigen Vertrauen auszustatten, das sie in die Lage versetzt, sich auf Formen der Partizipation einzulassen, die für sie auf den ersten Blick riskant und insgesamt wenig nützlich erscheinen. Wie also kann Vertrauen unter Armutsbedingungen entstehen und erhalten werden? Vertrauensfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit sind die Kennzeichen sozialer Integration im Sinne sozialer Mitgliedschaft. Für Menschen, die »dazugehören«, ist es rational – im Sinne von »vernünftig« –, ande-

ren, auch solchen, die sie nicht oder kaum persönlich kennen, bei Vorliegen bestimmter (typischer, allgemein bekannter) Anzeichen (bedingt) zu vertrauen. Vertrauensfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit sind Ergebnis erfolgreicher Sozialisationsprozesse, in denen Menschen soziale Nützlichkeit und individuelle Zweckmäßigkeit von Vertrauen erfahren haben. Die kollektive Rationalität von Vertrauen in dieser Lesart liegt in der Reduktion von Transaktionskosten. Vertrauen erspart zeit- und kostenaufwendige Aushandlungsprozesse und Kontrolloperationen.

Vertrauen ist zugleich Voraussetzung und Folge sozialer Ordnung. Menschen, die vertrauen, erwarten nicht ernsthaft, dass sie verlieren oder enttäuscht werden. Sie vertrauen auf Vertrauen. Sie vertrauen darauf, dass man gewinnt, wenn man anderen vertraut, und dass sie wissen, wem man vertrauen kann. Die Kinder der gestaltungs-optimistischen und partizipationsfreundlichen Mittelschichten erwerben früher einen sozialen Bonus, der sie in Situationen mit »objektiv« vielleicht nur geringen Gewinnchancen die subjektive Gewinnchance optimistisch einschätzen lässt. Das Vertrauen aller Akteure zahlt sich auf lange Sicht aus. Solche Vertrauensfähigkeit ist deshalb unmittelbar verknüpft mit Selbstvertrauen.

Unter Armutsbedingungen verhalten Menschen sich am ehesten im Sinne des misstrauisch Gewinn und Verlust abwägenden, rational kalkulierenden »homo oeconomicus«. Sie werden nur dann bereit sein, eine Vertrauen erfordernde Beziehung einzugehen, wenn der erwartbare Nutzen deutlich größer ist als der zu riskierende Verlust und wenn Erfolg kurzfristig absehbar ist. Solche Situationen sind in der sozialen Welt aber extrem selten, und enttäuschte, habituell misstrauische Akteure haben deshalb in der Welt, in der sie leben, eigentlich kaum eine Chance, anderen vertrauen zu können.

Ihnen fehlt »Vertrauen in Vertrauen«, das sie die Risiken vertrauensvollen Handelns geringschätzen lässt. Damit überschätzen sie aber im Verhältnis zu ihren sozial integrierten Zeitgenossen notorisch ihr Verlustrisiko. Dies führt dazu, dass sie sich zurückziehen und kaum freiwillig Interaktionen eingehen.

Es ist die kostenminimierende Strategie des armen »homo oeconomicus«, sich in die eigenen vier Wände zurückzuziehen, nichts zu riskieren, was Verlust bringen könnte, aber damit auch zugleich die Chance auf Gewinn auf Null zu setzen. Wer in dieser Weise prinzipiell misstraut, riskiert zwar nichts, aber er kann auch nichts gewinnen. Die Vertrauensvollen und die Misstrauischen bleiben jeweils unter sich. Auch das ist ein folgenreicher Aspekt sozialer Ausgrenzung.

Selbst wenn sie über ihren Schatten springen, also riskante Interaktionen eingehen und dabei Erfolg haben, benötigen habituell misstrauische Personen, deren individuelle Vertrauensfähigkeit gleich oder nahe Null ist, eine große Zahl von erfolgreichen Interaktionen, um ihre Vertrauensfähigkeit und ihr Selbstvertrauen zu steigern. Angesichts der reduzierten Bereitschaft der misstrauischen Akteure, überhaupt Interaktionen einzugehen, sind deshalb sehr lange Zeiträume zu veranschlagen, das heißt, man braucht Geduld, bis es zu einer Steigerung der Vertrauens- und Partizipationsbereitschaft kommt. Es ist deshalb zumindest zweifelhaft, ob die grundsätzlich befristeten lokalen Programme zur Erneuerung armer Viertel überhaupt lange genug laufen, um nachhaltige Wirkungen in den sozialen Beziehungen der Bewohner erwarten zu können. Stadtteilprojekte laufen in der Regel nach zehn Jahren aus. Eine andere Frage ist es, ob angesichts der hohen Fluktuation gerade in Quartieren der inneren Stadt die Menschen dort überhaupt lange genug wohnen, um von sozial integrativen

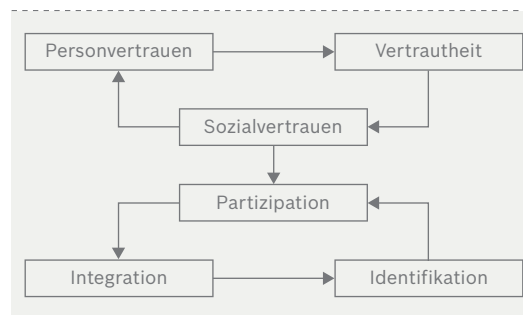
Projekten, etwa Bildungsprogrammen oder Nachbarschaftsprojekten, erreicht zu werden. Im Essener Stadtzentrum und im Westviertel fluktuiert beispielsweise die Hälfte der Bevölkerung pro Jahr.

Man muss die verschiedenen Aspekte von Vertrauen kennen, die unterschieden werden müssen, damit sie in ein Wirkungsmodell sozial-integrativer Politik im Armutsmilieu eingebaut werden können. Die deutsche Sprache kennt nur einen Begriff für Vertrauen. In einem kleineren englischen Beitrag nutzt Luhmann (1988) die größeren Differenzierungsmöglichkeiten, die die englische Sprache bietet, und unterscheidet als Dimensionen von Vertrauen »Confidence« und »Trust«. Im Deutschen sind diese Begriffe nicht so trennscharf abzugrenzen. »Confidence« ist in etwa identisch mit dem, was im Text oben »Vertrauen in Vertrauen« genannt wurde. »Confidence« soll hier mit »Sozialvertrauen« übersetzt werden. Sozialvertrauen also ist das Vertrauen der Akteure in die eigene soziale Kompetenz und in die der anderen. Sozialvertrauen ist die Voraussetzung jedes sozialen Handelns und auch jeder politischen Partizipation. Es schließt Selbstvertrauen ein. Sozialvertrauen ist die Haltung, die es uns erlaubt, dass wir uns ohne Angst in die soziale Welt begeben, die wir mit den anderen gemeinsam teilen. So wie man die zumeist unausgesprochenen Regeln der sozialen Welt kennt, erwartet man selbstverständlich, dass auch die anderen sie kennen und anwenden.

Sozialvertrauen basiert auf Vertrautheit (»Familiarity«), die, wie bereits erwähnt, quasi eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Lebens in Gemeinschaft mit anderen ist. Sozial isolierten Menschen, die sich in ihre eigenen vier Wände zurückziehen, fehlt es.

»Trust« bezeichnet demgegenüber »Personvertrauen«. Personvertrauen ist die riskante

Abbildung 23: Vertrauensspirale und das Wirkungsmodell der »sozialen Stadt«



Quelle: Strohmeier (Eigene Darstellung)

Handlung, von der zuvor die Rede war. Es stellt eine rationale Strategie der optimalen Ausnutzung von Chancen in einer gegebenen Situation unter der Voraussetzung von Sozialvertrauen in einer geteilten sozialen Ordnung dar. Aber auch wenn diese Voraussetzung fehlt, mag »Trust« eine rationale Option sein.

Beide Begriffe - Sozialvertrauen und Personvertrauen - bezeichnen analytisch unterscheidbare Phänomene, die allerdings in der Realität miteinander verwoben sind und einander wechselseitig bedingen: Sozialvertrauen, das aus Vertrautheit entsteht, ist die Voraussetzung von Personvertrauen. Personvertrauen ist dort rational, das heißt eine vernünftige Handlungsoption, wo Sozialvertrauen möglich ist. Vertrautheit wiederum ist ein Nebenprodukt von bestätigtem Personvertrauen und somit eine Frage der Lebenserfahrung.

Damit ist ein zirkuläres Wirkungsmodell beschrieben, eine Aufwärtsspirale, in der Vertrauen (beide Arten) und Vertrautheit in vertrauensvollem Handeln wachsen. In jedem Fall aber, das heißt auch ohne Vertrautheit und bei fehlendem Sozialvertrauen, ist Personvertrauen der Anfang beziehungsweise der »Einstieg« in diesen Zirkel: Man versetze sich in die Lage eines Fremden, der an einem völlig fremden Ort unter Menschen gerät, deren Sprache und

Kultur er nicht kennt. Ihm fehlt Vertrautheit mit den Menschen in seiner Umgebung. Ebenso mangelt es ihm an Sozialvertrauen als Vertrauen in eine soziale Ordnung, die er mit anderen teilt. Nach allgemein bekannten Regeln des Zusammenlebens kann er sich nicht richten, denn er kennt sie nicht. Selbst in dieser Situation aber wäre es prinzipiell rational, zunächst blanko Personvertrauen als Vertrauensvorschuss zu investieren. Die subjektive Wahrscheinlichkeit, dabei zu verlieren, mag zwar relativ hoch sein. Insgesamt und auf lange Sicht werden aber die Gewinne die Verluste übersteigen – freilich unter der Bedingung, dass auch an diesem fremden Ort eine soziale Ordnung existiert, auch wenn der Fremde sie nicht kennt. Vertrauen zu zeigen ist also eine Investition rationaler Akteure in ihre soziale Umwelt. Der Fremde, dem Vertrautheit fehlt und dem in der ihm fremden Umgebung Sozialvertrauen als Handlungsgrundlage zweifelhaft erscheint, handelt also dennoch rational, wenn er quasi »blanko« Personvertrauen in einen beliebigen Menschen investiert. Denn in der so entstehenden persönlichen Beziehung ergibt sich die Chance, dass Vertrautheit entsteht und sich aus dieser längerfristig Sozialvertrauen entwickelt. Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass hier natürlich implizite Aussagen über die »Natur« des Menschen gemacht werden, die nicht weiter bewiesen werden können. Hier sei vor allem auf William James (1927) und sein Konzept des »Will To Believe« verwiesen, das Menschen sich vertrauensvoll auf andere einlassen lässt.

Die Vertrauensspirale im oberen Teil des Modells setzt entweder voraus, dass zumindest Ansätze einer sozialen Ordnung existieren, die die Handelnden bindet, das heißt, dass alle Beteiligten über Sozialvertrauen verfügen. Sie formuliert zugleich aber auch ein Modell der Entstehung sozialer Ordnung in Vertrauensprozessen. Der zirkuläre Zusammenhang von Vertrautheit, Sozialvertrauen und Personvertrauen wird

dann zu einem sich selbst verstärkenden Mechanismus mit einer Einstiegsmöglichkeit bei Personvertrauen. Personvertrauen (auch blanko investiert) schafft Vertrautheit, auf die sich Sozialvertrauen gründen kann, das weiteres Personvertrauen möglich macht.

Im unteren Teil des Modells findet sich das (quasi »amtliche«) Wirkungsmodell des Bund-Länder-Programms »soziale Stadt« beziehungsweise »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf«. Es geht darum, die Bewohner benachteiligter Quartiere zu aktivieren, die Qualität der Bewohnerbeteiligung zu steigern, indem man ihnen unterschiedliche Beteiligungsangebote macht. Das Wirkungsmodell ist denkbar einfach: Erfolgreiche Partizipation etwa im Rahmen eines breiten Spektrums von Angeboten der Bürgerbeteiligung vermittelt Erfolgserlebnisse, steigert die Identifikation mit dem Stadtteil und seinen Bewohnern, verbessert den sozialen Zusammenhang und den sozialen Zusammenhalt, die soziale Integration des Quartiers, die – wie eingangs erläutert – die Grundlage lokaler Solidarpotentiale ist. Mit wachsender Integration und Identifikation steigt die Bereitschaft zu weiterer Beteiligung. Auch das ist also auf den ersten Blick eine Aufwärtsspirale. Partizipationsbereitschaft und Identifikationsintegration wachsen mit zunehmender Bürgerbeteiligung.

Die Verknüpfung beider Modelle verdeutlicht das Paradoxon der Partizipation, von dem zuvor schon die Rede war. In den Quartieren, in denen angesichts des Ausmaßes von Entsolidarisierung und fehlender lokaler Integration Partizipation besonders dringend wäre, ist sie besonders unwahrscheinlich. Den Akteuren fehlt Sozialvertrauen. Das Wirkungsmodell der sozialen Stadt wirkt also faktisch als Mechanismus der Exklusion, der sozial integrierte, mit Sozialvertrauen ausgestattete Akteure von nicht integrierten, misstrauischen »Außen-seitern« trennt (vergleiche Abbildung 23). In der Terminologie von Norbert Elias

wären das die »Etablierten« (Elias/Scotson 1965). Für den, der nicht dazugehört, ist die Hürde zur Partizipation kaum zu überwinden. Er geht nicht zu Bürgerversammlungen, er nimmt an keiner Planungswerkstatt teil und er geht auch nicht zum Straßenfest in der Siedlung.

Mit geringem Sozialvertrauen und wenig Selbstvertrauen ausgestattete Personen kalkulieren den Nutzen sozialer und politischer Partizipation in der Logik des kosten- und nutzenabwägenden »homo oeconomicus«. Sie vertrauen bzw. vertrauen in der Regel nicht, nachdem sie eine Bilanz ihrer im Vergleich zu anderen, gestaltungsoptimistischeren Akteuren notorisch untertriebenen Gewinnerwartungen und ihrer notorisch übertriebenen Verlussterwartungen angestellt haben.

In diesem Entscheidungsumfeld bieten eigentlich nur solche Veranstaltungen eine hinreichende Chance der Partizipation, die den Menschen einen unmittelbaren, kurzfristig erwartbaren Nutzen versprechen und das Risiko, enttäuscht zu werden, denkbar gering halten. Dabei ist nach den dargelegten theoretischen Überlegungen auch ein geringer Nutzen durchaus motivierend, wenn das Risiko des Scheiterns (L) nur klein genug und am besten nahe Null oder gleich Null ist.

Was den Bewohnern so nützlich erscheint, dass es sie zur Beteiligung motivieren kann, ergibt sich aus der Liste der von ihnen empfundenen Mängel und Engpässe in ihrer Lebenslage. Die primären Engpässe sind persönliche Armut und schlechte Qualität der Wohnung und des Wohnumfeldes. Ein Bürgerzentrum oder ein Stadteilladen sind zwar Einrichtungen, die für die Beseitigung dieser Engpässe primär nützliche Aktivitäten moderieren und koordinieren können, selbst unmittelbar nützlich für die »Außen-seiter« sind sie aber nicht. Es gibt kein primäres Bedürfnis nach Kontakt zu Fremden

im Armutsmilieu. Kontakte wünscht nur, wer sozial integriert ist. Offene Angebote der Partizipation eröffnen den ausgegrenzten Akteuren keinen primären, unmittelbar und kurzfristig erreichbaren Nutzen und werden deshalb von ihnen nicht angenommen. Das Gleiche gilt für Beratungs- und Bildungsangebote, die auf eher langfristig eintretende Verbesserungen setzen und damit den Planungshorizont und die Perspektive von Menschen, die vielfach »von der Hand in den Mund leben«, falsch einschätzen (Tobias/Böttner 1992).

Auch wenn das zunächst paradox klingt: Eine Förderung der sozialen Partizipation und damit in Verbindung stehend eine Verbesserung der sozialen Beziehungen der Bewohner armer Viertel, die Steigerung der Identifikation mit dem Stadtteil und seiner Menschen, die Schöpfung sozialer Netzwerke, aus denen neue Solidarpotentiale erwachsen können, erreicht man vielmehr durch Maßnahmen und Veranstaltungen, die den Menschen einen kurzfristig eintretenden persönlichen Nutzen bringen. Projekte mit dem Ziel der Verbesserung der individuellen wirtschaftlichen Lage, der Verbesserung der Wohnverhältnisse oder der Wohnumfeldbedingungen setzen am wenigsten soziale Integration voraus. Sie sind gleichzeitig geeignet, sowohl individuelle Erfolgserlebnisse zu vermitteln als auch nebenbei soziale Vernetzungen der Bewohner zu schaffen, die Voraussetzung jedweder weiteren öffentlichen und politischen Partizipation sind. Hier kann in der Tat der postulierte Dreischritt von Vertrautheit, Sozialvertrauen und Personvertrauen einsetzen. Bei geringem Risiko und relativ sicher zu erwartendem (auch geringem) Nutzen investieren auch misstrauische und apathische Akteure zunächst blanko Personvertrauen. In den damit einsetzenden sozialen Beziehungen entsteht quasi nebenbei - und nicht nur im Erfolgsfall - Vertrautheit mit den Menschen in der Umgebung, aus der sich eine gesteigerte,

schon auf Erfahrung gegründete Bereitschaft ergibt, erneut Personvertrauen zu investieren. Im Fall wiederholt erfolgreicher Investition von Personvertrauen entstehen soziale Netzwerke zunehmend vertrauter Menschen und es entsteht allmählich Sozialvertrauen.

Damit wäre abstrakt ein Wirkungsmodell sozialer Kommunalpolitik im Hinblick auf die Etablierung örtlicher sozialer Netzwerke in Armutsstadtteilen skizziert. Die meisten örtlichen Handlungsansätze gehen immer noch von einer Art partizipatorischem »Selbstläufermechanismus« aus, wenn es erst einmal gelungen ist, Bürgerzentren, Stadtteilbüros o.Ä. als multifunktionale, niedrigschwellige Beteiligungsangebote zu etablieren. Die Hoffnung, dass Beteiligungsangebote auch Beteiligung schaffen, dass zum Beispiel Bürgerversammlungen auch Außenseiter ansprechen, ist auch bei »aufsuchender Beteiligung« und »niedrigschwelligem Angeboten«, wie Straßen- oder Stadtteilfesten, sehr optimistisch.

Veranstaltungen dieses Typus, die (wie das Straßenfest) als »Mach-mit«- oder (wie die Planungswerkstatt) »Entscheide-mit«-Projekte benannt werden sollen, haben bei aller angestrebten Bürgernähe nur ein geringes Aktivierungspotential für gestaltungspessimistische, marginalisierte Akteure. Die überall implementierten Stadtteilkonferenzen und Gesprächskreise sind in erster Linie Partizipationsangebote für sozial integrierte und mit Sozialvertrauen und Selbstvertrauen ausgestattete Personen. Solche Angebote der Beteiligung der Bürger an ortsbezogenen politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen erweitern in erster Linie den Handlungsspielraum von sozial integrierten Bürgern, die schon die konventionellen Beteiligungsangebote, von der Stimmabgabe bei der Wahl bis zum Gespräch mit dem Abgeordneten oder dem Besuch der Parteiversammlung, nutzen. Sozial desintegrierten und habituell miss-

trauischen Personen bieten sie jedoch kaum einen erwartbaren Nutzen und deshalb kaum einen Beteiligungsanreiz.

Vertrauen statt Misstrauen: »Selbstermacherprojekte« als Chance für lokale Partizipation

Die Durchsicht der Handlungsprogramme der Ruhrgebietsstädte im NRW-Landesprogramm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf« hat ergeben, dass neben diesen »Entscheide-mit«- und »Mach-mit«-Projekten mit begrenztem Aktivierungspotential noch zwei Typen vorkommen, die auf den ersten Blick überhaupt nichts mit »Bürgerbeteiligung« (zumindest nicht im Sinne von politischem Mitbestimmen und Mitgestalten) zu tun haben (Soziale Stadt NRW 2009). Es handelt sich in unterschiedlichen Varianten um Projekte eines Typus, der als »Selbstermacherprojekte« bezeichnet werden soll, sowie um Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Vor allem Letztere werden üblicherweise nicht im Kontext politischer und planerischer Bürgerbeteiligung angesprochen. Sie sind vor dem Hintergrund der dargelegten Überlegungen zur Bedeutung von Sozialvertrauen für die Aktivierung armer Bevölkerungen benachteiligter Stadtteile jedoch besonders interessant, wenn sie geschickt eingesetzt werden.

In den »Selbstermacherprojekten« werden Bürger in einer Weise an der kommunalen Aufgabenerfüllung beziehungsweise der Produktion »öffentlicher Güter« beteiligt, bei der für sie selbst ein unmittelbarer, persönlich zurechenbarer und kurzfristig absehbarer Nutzen entsteht. Die Bedeutung erfolgreicher Partizipation in diesen Projekten, nicht nur für die Stadt und den Stadtteil, sondern für die Mitwirkenden selbst, für ihr Selbstvertrauen, für die Gewinnung von Vertrauen in die soziale Umwelt und für die Entstehung elementarer sozialer Vernetzungen, wird in den meisten Handlungskonzepten gar nicht gesehen. Lediglich die Stadt Essen entwickelt in ihren Grundsätzen

»sozialer Kommunalpolitik« ein Modell des Nutzens von Stadtteilarbeit für die Stadtgesellschaft.

»Selbermacherprojekte« vernetzen Menschen und sparen zugleich Kosten, weil die Bürger Leistungen in Eigenarbeit erbringen, die eigentlich Aufgaben der Gemeinde bzw. der Wohnungswirtschaft sind, wie z. B. eine Begrünung des Schulhofs im Essener Norden oder verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes.

Eine Qualifizierungsmaßnahme alleinerziehender Mütter mit Sozialhilfebezug in einer Ruhrgebietsstadt hat ihre Klientel aus dem Wohnbereich und nicht nach dem Buchstabenprinzip rekrutiert. Auf diese Weise entstand nach weniger als einem Jahr ein lokales Netzwerk von Frauen in ähnlicher Lebenssituation, die noch vor Beginn der Maßnahme ihre soziale Isolation beklagten hatten.

In Hochhäusern eines großen kommunalen Wohnungsunternehmens in Hamburg mit erheblichen Fluktuationsproblemen haben die Mieter, unterstützt durch vom Unternehmen bezahlte Fachkräfte, die Häuser renoviert und die Eingangsbereiche umgestaltet. Hierbei wurden unter anderem Toiletten und Conciertgelogen mit Kiosk und Gemeinschaftsräumen eingebaut. Im Ergebnis sind Fluktuation und Leerstände in diesen Gebäuden deutlich gesunken. Die soziale Integration der Bewohner hat sich überdies verbessert.

Im Gelsenkirchener Stadtteil Bismarck hat die evangelische Kirche von Westfalen als Leuchtturmprojekt im Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« nach dem Konzept des Architekten Peter Hübner eine Gesamtschule errichtet, die in ökologischer Bauweise unter aktiver Beteiligung der Kinder und ihrer Eltern erstellt worden ist. Die Schule ist ein soziales Zentrum des ehemaligen Bergarbeiterstadtteils Bismarck gewor-

den. Sie ist »Integrationsschleuse« mit 40 Prozent muslimischen Schülern. Ausweislich der Schulstatistik machen alle Kinder einen Schulabschluss. Vor einigen Jahren wurde die Oberstufe eröffnet.

»Selbermacherprojekte« sind auch für misstrauische und desintegrierte Personen »niedrigschwellige« Partizipationsangebote, wenn sie im erwartbaren Aufwand und hinsichtlich des zu erzielenden Nutzens für die Bürger kalkulierbar sind. Die Menschen werden bei ihren unmittelbaren Nutzen-erwartungen »abgeholt«. Sie sehen, dass etwas besser wird, wenn sie es selbst tun. Die zunächst eigennützig motivierte Beteiligung am Projekt schafft als Sekundäreffekt soziale Vernetzungen und Integration der Bürger. Auf diese Weise entstehen selbstthel-fende Strukturen und Mechanismen sozialer Kontrolle sowie eine Identifikation mit dem Viertel und seinen Menschen, die längerfristig wiederum weitere administrative Intervention im Stadtteil entbehrlich machen kann und deshalb auch wirksame Prävention darstellt. Partizipation und »Selbermachen« schaffen auf diese Weise womöglich auch eine Voraussetzung weitergehender politischer Partizipation in Stadtteilen, die wegen ihrer geringen politischen Repräsentation in der lokalen Politik heute in vielen Städten »demokratiefreie Zonen« darstellen.

Die Liste solcher Projekte ließe sich fortführen. Eine Dokumentation von Beispielen guter Praxis findet sich in einer Handreichung, die 2008 von der Bertelsmann Stiftung publiziert wurde (Strohmeier et al. 2008a). Diskurse über solche Beispiele guter Praxis, ebenso wie über gescheiterte Projekte, über die kaum jemand spricht, sind bislang ausgesprochen selten. Zuweilen entsteht der Eindruck, dass immer noch allenthalben Räder neu erfunden werden, die an anderer Stelle schon gut gelaufen oder auch nicht gelaufen sind.

Literatur

- Bundesministerium für Familie und Senioren 1994: Fünfter Familienbericht der Bundesregierung, Berlin
- City-Monitoring 2009: URL: <http://www.city-monitoring.de/>
- Coleman, J.S. 1989: Microfoundations and Macrosocial Behaviour, in: Alexander, J.C. et al. (Hrsg.): The Micro-Macro-Link, Berkeley, S. 153–173
- Coleman, J.S. 1990: Foundations of Social Theory, Cambridge
- Dubet, F./Lapeyronnie, D. 1994: Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart
- Elias, N./Scotson, L. 1965: The Established and the Outsiders. A Sociological Enquiry into Community Problems, London
- Faktor Familie 2009: URL: <http://www.faktorfamilie.de>
- Familie in NRW 2009: URL: <http://www.familie-in-nrw.de>
- Gabriel, K./Herlth, A./Strohmeier, K.P. 1997: »Solidarität unter Bedingungen entfalteter Modernität«, in: Gabriel, K./Herlth, A./Strohmeier, K.P. (Hrsg.): »Modernität und Solidarität«, Freiburg im Breisgau, S. 13–30
- Gambetta, D. (Hrsg.) 1988: Trust: making and breaking cooperative relations, New York/Oxford
- Garfinkel, H. 1963: A conception of and experiments with »trust« as a condition of stable concerted action, in: Harvey, O.J. (Hrsg.): Motivation and social interaction, New York, S. 187–238
- Hardin, R. 1992: The Street-Level Epistemology of Trust, in: *Analyse & Kritik*, 14. Jg., S. 152–176
- Heinze, R.G./Bucksteeg, M. 2001: Freiwilliges soziales Engagement in NRW: Potenziale und Fördermöglichkeiten, in: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Zukunft des Sozialstaates – freiwilliges soziales Engagement und Selbsthilfe, Duisburg, S. 13–201
- Huinink, J./Strohmeier, K.P./Wagner, M. (Hrsg.) 2001: Solidarität in Ehe, Partnerschaft und Familie, Würzburg
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung – ILS (Hrsg.) 1995: Handlungskonzept Hammer Norden. Materialien für die weitere Diskussion, Dortmund
- James, W. 1927: »The Will to believe« and other essays in popular philosophy, New York
- Kaufmann, F.-X. 1984: Solidarität als Steuerungsform. Erklärungsansätze bei Adam Smith, in: Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith, hrsg. von F.-X. Kaufmann und H.G. Krüsselberg, Frankfurt am Main/New York, S. 158–184
- Kaufmann, F.-X. 1995: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland, München
- Luhmann, N. 1968: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart
- Luhmann, N. 1988: Familiarity, Confidence, and Trust: Problems and Alternatives, in: Gambetta, D. (Hrsg.) 1988, S. 94–107
- Luhmann, N. 2001: Vertrautheit, Zuversicht, Vertrauen, Probleme und Alternativen, in: Hartmann, M./Offe, C. (Hrsg.): Vertrauen – Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt am Main
- Schmähl, W./Rothgang, H./Viebrock, H. 2006: Abschlussbericht der Kommission »Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme«, hrsg. von Deutsche Rentenversicherung Bund, Bad Homburg S. 114ff.
- Schütz, A. 1971: Gesammelte Aufsätze, Band 1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit, Den Haag
- Sozialberichterstattung 2009: URL: <http://www.sozialberichterstattung.de>
- Soziale Stadt NRW 2009: URL: <http://www.soziale-stadt.nrw.de>
- Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen und Institut für stadtteilbezogene soziale Arbeit (Hrsg.) 1993: Ansätze neuer sozialer Kommunalpolitik. Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung, Bd. 74, Essen
- Strohmeier, K.P. 1983: Quartier und soziale Netzwerke. Grundlagen einer sozialen Ökologie der Familie, Frankfurt am Main/New York
- Strohmeier, K.P. 1995: Familiensolidarität und örtliche Sozialpolitik. Nr. 95–10 der Diskussionspapiere aus der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität, Bochum
- Strohmeier, K.P. 2008: Unterstadt – für wen ist Segregation gefährlich? in: Grönemeyer, A./Wieseler, S. (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik. Festschrift für Günter Albrecht, Wiesbaden, S. 488–501
- Strohmeier, K.P./Alic, S. 2006: Segregation in den Städten, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration, Bonn
- Strohmeier, K.P./Amonn, J./Kersting, V. 2008: Schritte zu einer kleinräumigen Gesundheitsberichterstattung für Nordrhein-Westfalen. Endbericht. Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit. LIGA-Fokus Band 1, Düsseldorf
- Strohmeier, K.P./Schultz, A./Meyer, C./Kemper, T./Schmidt F. 2008a: Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik, Gütersloh
- Tegethoff, H.G. 1999: Soziale Gruppen und Individualisierung. Ansätze und Grundlagen einer revidierten Gruppenforschung, Weinheim
- Tobias, G./Böttner, J. (Hrsg.) 1992: Von der Hand in den Mund, Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt, Essen
- Wüllenweber, W. 2004: Das wahre Elend, in: Stern 52/2004